

Henry Habegger

Im August 2025 geriet der Schuhhersteller On ins Visier der chinesischen Wettbewerbsbehörden. Es ging um die Frage, ob das Unternehmen seine in Asien produzierten Schuhe rechtmässig mit dem Schweizerkreuz kennzeichnete. Weil die chinesischen Behörden offenbar durch das Institut für Geistiges Eigentum (IGE) beziehungsweise den Verein Swiss Enforcement auf die Sache aufmerksam gemacht worden waren, drohte On mit einer Staatshaftungsklage, falls ihm daraus ein Schaden entstehen sollte.

Doch Recherchen zeigen: Das IGE sah sich rechtlich gut aufgestellt. Der interne Rechtsdienst kam am 16. September 2025 zum Schluss, man verfüge «in allen Szenarien über gute Verteidigungsargumente», sollte On die Sache eskalieren lassen. Den entsprechenden Mailwechsel gab das IGE gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip an «Schweiz heute» heraus.

Ein inhaltlich korrekter Hinweis an eine ausländische Behörde sei nicht widerrechtlich, hielten die Juristen fest. Vor allem liege es in der Verantwortung von On, «über die in China gesetzlich verlangten Ermächtigungen – beispielsweise für die Verwendung der Schweizerfahne – zu verfügen». Fehlten diese, müsse das Unternehmen mit Interventionen der chinesischen Behörden rechnen und trage dafür grundsätzlich selbst die Verantwortung.

Ein jahrelanger Kampf mit On

Trotz dieser guten Ausgangslage kam das IGE On später weit entgegen. Im März 2026 veröffentlichte das Institut eine «Praxispräzisierung zur Swissness-Gesetzgebung». Seither kann das Schweizerkreuz unter bestimmten Voraussetzungen



Bei den Fahنشwingern ist die Swissness-Welt noch in Ordnung.

Bild: Benjamin Manser

Die Pirouette mit dem Kreuz

Rechtsdienst sah gute Chancen gegen On – trotzdem lenkte das Institut für Geistiges Eigentum ein.

auch auf Produkten verwendet werden, die nicht in der Schweiz hergestellt, aber etwa hier entwickelt oder gestaltet wurden. Die «Lex On» war geboren.

Laut «NZZ am Sonntag» hatte Swiss Enforcement zuvor jahrelang vergeblich versucht, On von der Verwendung des Schweizerkreuzes auf seinen in Asien produzierten Schuhen abzubringen. Swiss Enforcement ist eine Partnerschaft zwischen dem IGE und Wirtschaftsverbänden mit dem Auf-

trag, die Swissness-Regeln weltweit zu verteidigen. Als die chinesischen Behörden Fragen stellten, hätten die drei On-Gründer einen scharf formulierten Brief an drei Bundesräte, das IGE und Economiesuisse geschickt. Am 11. September habe On von IGE-Direktorin Catherine Chammartin verlangt, zwei hartnäckige Swissness-Hüter vom Dossier abzuziehen. Was auch geschah.

Knickte das IGE gegenüber On ein – womöglich auf Druck

des Bundesrats oder des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) von Guy Parmelin? Man habe nicht nachgegeben, sagt eine IGE-Sprecherin. Vielmehr sei ein Kompromiss erzielt worden: On müsse das Design seiner Schuhe weltweit anpassen.

Das Seco bestätigt, von On «in einer markenrechtlichen Angelegenheit im Ausland» angegangen worden zu sein. Es habe daraufhin eine Sitzung zwischen On und den beiden Behörden organisiert. An der

späteren Praxispräzisierung sei das Seco jedoch nicht beteiligt gewesen; diese liege in der Kompetenz des IGE.

Die «Lex On» hat längst ein politisches Nachspiel. Bundesparlamentarier reichten mehrere kritische Vorstösse ein. Der Schweizerische Gewerbeverband warnt vor einer «Verwässerung der Marke Schweiz» und befragte dazu seine Mitglieder und die Bevölkerung. Am Dienstag präsentiert er die Resultate.

Geopolitik: Das Parlament will sich besser wappnen

Die internationalen Krisen und deren Auswirkungen auf die Schweiz fordern National- und Ständerat zunehmend.

Othmar von Matt

Wo ist Russland überall involviert? Wie positioniert sich Indien? Weshalb ist Nordkorea nicht mehr so isoliert wie früher? Was will China? Was haben Donald Trumps USA vor? Wird die Welt wieder in Blöcke aufgeteilt? Wer gehört dann in welchen Block? Und was bedeutet das alles für die Schweiz?

Das sind Fragen, die sich Schweizer Parlamentsmitglieder stellen. Oft fehlen ihnen aber die Antworten. «Wir interessieren uns zwar für jedes Dekret aus den USA», sagt SVP-Nationalrat Benjamin Fischer. «Doch das Parlament weiss kaum, was in China abgeht.»

Das soll sich ändern mit der neuen parlamentarischen Gruppe Geopolitik, die am 15. Juni gegründet wurde. Sie besteht aus einem Co-Präsidium mit vier Mitgliedern des Nationalrats aus den vier Bundesratsparteien. Der Thinktank Swiss Institute for Global Affairs (Siga) führt das Sekretariat und sorgt für den Input mit Briefings, Fachgesprächen, Welt-

karten, Bildungsreisen und internationaler Vernetzung.

Die neue Gruppe hat zwei Funktionen. Erstens soll sie Erkenntnisse zu geopolitischen Entwicklungen in den National- und Ständerat einbringen. Dazu gibt es jeweils zu Sessionsbeginn ein Briefing und Brainstorming für Parlamentsmitglieder. Zweitens will die Gruppe erreichen, «dass der parlamentarische Betrieb interdisziplinärer wird», wie es Siga-Präsident Remo Reginold formuliert. «Es fehlen Querschnitts- und Koordinationsgremien. Da möchten wir Bewegung hineinbringen.»

SVP-Nationalrat Benjamin Fischer ist einer der vier Co-Präsidenten. In den parlamentarischen Gruppen und Freundschftsgruppen herrsche ein «sehr starkes Gärtchendenken», sagt er. «Die Gesamtsicht fehlt.» Für Priska Seiler Graf (SP) wiederum ist es wichtig zu wissen, «wo geopolitische Ereignisse Auswirkungen auf die Schweiz haben». Die zweite Co-Präsidentin sagt: «Ich erwarte eine Horizonterweiterung, um mich besser zurechtzufinden.

Das ist eine grosse Chance.» Heinz Theiler (FDP) als dritter Co-Präsident betont die Bedeutung der Geopolitik «quer durch alle Politikfelder», sei es bei Verkehr, Technologie, Migration oder beim Wissenstransfer. Als vierte Co-Präsidentin fungiert Isabelle Chappuis (Mitte).

«Die Schweiz muss Farbe bekennen»

Die Probleme des Parlaments beginnen bei der Übersicht über das geopolitische Geschehen. Als Hauptmann der Armee ist es Nationalrat Fischer gewohnt, auf einem täglichen Lagebild zu sehen, wie sich die Situation in und um die Schweiz präsentiert. «Hat das Parlament auch ein solches Lagebild?», fragt er. Seine lakonische Antwort: «Natürlich nicht.»

Fischer fragt sich, was es für die Schweiz bedeutet, wenn sich die Welt wieder zunehmend in Blöcke aufteilt. Für Seiler Graf zeichnet sich ein wichtiges geopolitisches Fazit bereits am Horizont ab. «Wir werden

nicht darum herumkommen, uns einem der Blöcke zuzuwenden», glaubt sie. «Irgendwann müssen wir Farbe bekennen.»

Bundesrat und Verwaltung stünden in geopolitischen Fragen die Expertise des Staatssekretariats für Sicherheitspolitik Sepos zur Verfügung, sagt FDP-Nationalrat Theiler. Das sei ein klarer Mehrwert. Einen solchen Mehrwert müsse es auch für das Parlament geben: «Wir prüfen derzeit, wie das Parlament besser auf diese Expertise zugreifen kann.»

Umstritten ist die Rolle des Bundesrats

Unklar ist in der Gruppe, ob sie die Rolle des Bundesrats thematisieren soll oder nicht. Benjamin Fischer findet ja. «Der Bundesrat hat eine aussergewöhnlich stark ausgeprägte Departementsmentalität», kritisiert er. «Ein Bundesrat versteht sich in erster Linie als Vertreter seines Departements. Dabei ist er zuallererst zu einem Siebtel Mitglied der Gesamtregierung und erst in zweiter Linie Departementschef.»

Tessiner Politiker: Unfall mit Alkohol

Strassenverkehr Der Tessiner Lega-Grossrat Andrea Censi wurde nach einem Selbstunfall mit einem Roller positiv auf Alkohol getestet. Das machte Censi in den sozialen Medien selbst bekannt. Der Grossrat war am Donnerstag bei Mezzovico verunfallt. Er hatte ein gebrochenes Handgelenk, wurde mit der Ambulanz versorgt und ins Spital gebracht. Weitere Personen waren nicht beteiligt. «Leider fiel mein Alkoholtest positiv aus und lag über dem erlaubten Grenzwert», schrieb Censi in den sozialen Medien. Er betonte: «Ich bin bereit, die volle Verantwortung zu übernehmen.» Besondere Aufmerksamkeit erhielt der Vorfall im Tessin, weil Censi Präsident und Gründer des Fronti Automobilisti Ticino ist, eines Vereins, der die Rechte der Fahrzeuglenker verteidigt. Acht Tage zuvor hatte bereits der Tessiner SP-Grossrat Fabrizio Sirica offengelegt, dass er im Kanton Uri auf einem Abschnitt mit Tempolimit 50 km/h mit 104 km/h unterwegs war. Der Vorfall veranlasste ihn, auf eine Kandidatur für die Kantonsregierung zu verzichten. (att)

37 Bundesräte haben eine Fiche

Überwachung Ruth Dreifuss (SP) hatte eine. Genauso wie Hans-Rudolf Merz, Elisabeth Kopp (beide FDP) und Christoph Blocher (SVP). Auch Moritz Leuenberger (SP) hatte eine Fiche erhalten. Er war 1989 Präsident der parlamentarischen Untersuchungskommission PUK, die den Fichenskandal aufdeckte. Überwacht worden war Leuenberger seit 1972. Insgesamt sind es 39 Bundesratsmitglieder, die zwischen 1930 und 1989 fichiert wurden, schreibt die «SonntagsZeitung». Damit wurde in dieser Zeit jedes zweite Mitglied der Landesregierung Opfer von Überwachung. Oft begann die Fichierung der späteren Bundesratsmitglieder schon in jungen Jahren. (att)

Bundesrätin zu Missbrauchsfall

Gewalt Persönlich habe sie das «grosse Glück» gehabt, nie Opfer von Gewalt geworden zu sein, sagte Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider in einem Interview mit dem «SonntagsBlick». Sie äusserte sich dabei unter anderem zum schweren Missbrauchsfall des ehemaligen SVP-Grossrats Patrick F. Jede fünfte Frau werde Opfer von sexueller Gewalt, betonte die Innenministerin. «Wir müssen Prävention und Information verbessern», sagte sie. Es gebe zudem parlamentarische Vorstösse, die Lücken schliessen wollten, etwa bei der Verfügbarkeit von Medikamenten. Baume-Schneider: «Der Schutz ist zwar im Gesetz verankert, aber es gibt sicher noch Verbesserungspotenzial.» (att)